



## 1 **Resolution der Jusos Hamburg zur Situation um die** 2 **Gruppe „Lampedusa in Hamburg“**

3  
4 Seit März dieses Jahres halten sich in Hamburg nach Darstellung der Medien zwischen  
5 150 und 300 afrikanische Flüchtlinge auf. Sie geben an, aus Libyen kommend über Italien  
6 den Weg nach Hamburg gefunden zu haben. Die Gruppe, die sich den Namen  
7 „Lampedusa in Hamburg“ gibt, macht seither auf ihre Lage aufmerksam und fordert ein  
8 ausnahmsloses Aufenthaltsrecht in Hamburg. Etwa 80 Menschen aus dieser Gruppe  
9 haben Obhut in der Sankt Pauli Kirche gefunden. Nachdem die Lage der Flüchtlinge  
10 bislang noch nicht geklärt werden konnte, fanden seit Mitte Oktober  
11 Personenkontrollen zur erkennungsdienstlichen Erfassung statt, in deren Zuge sich das  
12 Diskussionsklima, sofern man noch davon sprechen kann, drastisch verschärft hat.

13  
14 Die Flüchtlinge der Lampedusa-Gruppe haben wie alle Flüchtlinge ein Anrecht auf ein  
15 faires und wohlwollendes Asylverfahren. Hierbei sollte in besonderer Weise auf die  
16 Umstände ihrer Flucht Rücksicht genommen werden. Nach eigener Darstellung haben  
17 sie Ihre Heimatländer verlassen, um im Libyen Gaddafis zu arbeiten. Von dort sind sie  
18 vor dem Krieg nach Italien geflohen. Doch anstatt ihnen dort zu helfen hat man sie mit  
19 dreimonatigen Schengen-Visa ausgestattet und zur Weiterreise aufgefordert.  
20 Vertreibung und Flucht sind menschliche Tragödien. Die Mitmenschlichkeit gebietet, wo  
21 immer es möglich ist, Menschen zu ermöglichen sesshaft zu werden und in sicherer  
22 Zukunft zu leben. Wir fordern, dass dem in gegebenenfalls erfolgenden  
23 Einzelfallprüfungen in Bezug auf Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären  
24 Gründen, Rechnung getragen wird.

25  
26 Dennoch finden in einem Rechtsstaat auch Ausnahmeregelungen ihre Grenzen. In  
27 Hamburg wurden seit Januar 2012 mehr als 4.300 Asylanträge gestellt. Tausende  
28 Menschen, die ebenso schwere Schicksale durchleben und in Deutschland eine Zuflucht  
29 suchen, durchlaufen das gesetzlich vorgegebene Verfahren. Unabhängig davon, wie  
30 man zum deutschen Asylrecht steht, darf es eine faktische Unterteilung in besonders  
31 schützenswerte und „normale“ Flüchtlinge nicht geben. Über eine mögliche  
32 Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen sollte daher im Wege der  
33 gängigen Verfahren entschieden werden. Ohne Zweifel ist die Solidarität, die den  
34 Flüchtlingen der Lampedusa-Gruppe zukommt beeindruckend und ein starkes Zeichen  
35 für die Menschlichkeit und Weltoffenheit der Hamburgerinnen und Hamburger.  
36 Zugleich erleben wir aber seit Jahren, dass bei der schwierigen Suche nach geeigneten  
37 Standorten für Flüchtlingsunterkünfte viele Menschen das Prinzip „Nicht-vor-meiner-  
38 Haustür“ an den Tag legen. Hamburg muss sich einladend gegenüber allen Menschen  
39 zeigen, die Zuflucht und Schutz vor Krieg, Unterdrückung und Vertreibung suchen.

40  
41 Vor allem aber muss dringend die Schärfe aus der Debatte genommen werden.  
42 Niemandem ist geholfen, wenn Steine fliegen, Schuldzuweisungen ausgesprochen und  
43 Menschen eingeschüchtert werden. Gewalt ist keine Lösung. Das gilt auch für verbale  
44 Gewalt. Wenn Worte wie „Deportationen“ und „Senatzis“ fallen, ist die Grenze des  
45 Erträglichen deutlich überschritten. Auf der anderen Seite darf im Zuge polizeilicher  
46 Kontrollen nicht der Eindruck erweckt werden, als würden Personen gezielt aufgrund  
47 ihrer Hautfarbe kontrolliert. Vor allem müssen alle Beteiligten schleunigst an einer  
48 gemeinsamen Lösung für die Zukunft der Flüchtlinge arbeiten, Vertrauen zueinander



49 aufbauen und in einen offenen und fairen Dialog eintreten. Hierbei ist große Eile  
50 geboten, da der Winter bereits vor der Tür steht.

51

52 Das Schicksal der Lampedusa-Flüchtlinge ist Sinnbild für die gescheiterte EU-  
53 Flüchtlingspolitik. Diese muss genauso dringend reformiert werden, wie das deutsche  
54 Aufenthaltsrecht. Auch brauchen wir eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte über  
55 den Umgang unserer Gesellschaft mit Menschen, die vor Krieg, Gewalt und  
56 Unterdrückung flüchten und in Europa, in Deutschland und auch in unserer Stadt ein  
57 Leben in Sicherheit suchen.